

## Aus der Landesgeschäftsstelle

<u>In Koalitionsvereinbarungen wichtige Weichen stellen</u> Diakonie mahnt, Bedürfnisse benachteiligter Menschen zu berücksichtigen	S. 2
<u>Mittelstandspreis für soziale Verantwortung ausgeschrieben</u> Gesellschaftliches Engagement und wirtschaftlicher Erfolg zählen	S. 5
<u>Augenmerk auf Hintergründe der verkündeten Arbeitsmarktzahlen legen</u> Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat Kehrseite	S. 7
<u>Recherchepreis Osteuropa ausgeschrieben</u> Berichterstattung zu sozialen Themen stärken	S. 9
<u>Landrat tauscht sich mit dem Diakonischen Werk aus</u> Bundesteilhabegesetz und Integration von Flüchtlingen stehen auf der Agenda	S. 10

## Aus den Regionen

<u>Aufbaugilde-Chef fordert Wohnungsbau-Sozialquote für Heilbronn</u> Bezahlbarer Wohnraum ist Kriterium für den sozialen Frieden	S. 11
<u>Gesamttagung für Kindergottesdienst in der EKD</u> Vier Tage lang alles für Gottesdienste mit Kindern in Stuttgart	S. 13

**Kurznachrichten** S. 14

**Personalnachrichten** S. 15

Redaktion: Anna Gieche

### In Koalitionsvereinbarungen wichtige Weichen stellen

**Bei den Koalitionsvereinbarungen müssen die Verhandlungspartner nun wichtige Weichen stellen, mahnt die Diakonie Württemberg. „Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen, brauchen starke Fürsprecher“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Aufgrund ihrer von Gott zugesprochenen Würde seien alle Menschen gleich wichtig und wertvoll. Der Wohlfahrtsverband bietet als Partner bei der Ausgestaltung des Sozialstaats seine Mitarbeit an.**

**Stuttgart. Arbeitslosigkeit** ist die häufigste Ursache für Armut und Ausgrenzung. „Die Schattenseiten einer positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind eine sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit, zunehmend lange Abhängigkeit von Hartz IV, immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse und eine wachsende Polarisierung der unteren und oberen Einkommenssegmente“, sagt Kaufmann. Statistische Daten belegten ein Schrumpfen der Mittelschicht, deren Verlustängste sich zu Legitimationsproblemen des demokratischen Sozialstaates entwickeln könnten. „Die positive wirtschaftliche Entwicklung und die gute Einnahmesituation des Staates und der Sozialversicherung müssen dafür genutzt werden, Langzeitarbeitslosen Teilhabe an Arbeit zu ermöglichen und eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.“ Kaufmann begrüßt die Ankündigung im Sondierungspapier, die langjährige Forderung der Diakonie aufzugreifen, einen Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung einzuführen, zur Finanzierung den Passiv-Aktiv-Transfer anzuwenden sowie eine Milliarde mehr Eingliederungsmittel zur Verfügung zu stellen.

Seit der **Rentenreform** 2001 fallen die gesetzlichen Renten. Wer lange wenig verdient, in Teilzeit gearbeitet oder durch Familienphase, Krankheit oder Arbeitslosigkeit pausiert hat, hat eine nicht auskömmliche Rente zu erwarten. Die Zahl der Grundsicherungsbezieher über 65 Jahren hat von 2005 (Hartz-Reformen) bis 2015 um über 56 Prozent auf heute über 536.000 Menschen zugenommen. Aus Unkenntnis, Angst oder Scham erscheinen weitere Betroffene nicht in der Statistik. Nach Ansicht der Diakonie muss das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung wieder gestärkt werden, denn „eine Verlagerung der Alterssicherung auf private und kapitalgedeckte Versicherungen schließt Geringverdiener aus“. Die Einführung einer Mindestrente und einer Höchstrente würde die soziale Sicherung als ein Solidarsystem organisieren, das Altersarmut zu vermeiden hilft. Zusätzlich müssen Bezieher niedriger Renten durch Aufstockungen aus dem Staatshaushalt unterstützt werden.

Die Diakonie Württemberg begrüßt die Absicht der drei Parteien, die Bedingungen in der **Pflege** zu verbessern. „Die letzten Reformen haben die Pflege ein gutes Stück weiter gebracht. Jetzt muss eine große Koalition aber den Mut haben, eine durchgreifende Reform der Pflegeversicherung anzugehen“, sagt Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg. Dazu gehöre zum Beispiel die Vergütung der

Behandlungspflege alter Menschen im Pflegeheim, die bislang nicht angemessen bezahlt wird. Mit Blick auf die große Zahl mehrfach erkrankter Menschen im Heim sei dies aber dringend notwendig. Mit aller Kraft muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass der Pflegeberuf attraktiver wird. Dazu gehört, dass sich die Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte in den Krankenhäusern entscheidend verbessern.

Mehr als 80.000 der 100.000 Menschen, die sich in einem **Freiwilligendienst** engagieren, tun dies bei einem verbandlichen Träger. Die Diakonie als ein großer Anbieter fordert die Möglichkeit auch für Freiwillige unter 27 Jahren, in begründeten Ausnahmen diesen Dienst in Teilzeit leisten zu können. Weiter sind die Mittel des Sonderkontingents „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ auch nach 2018 zu erhalten. Und: Der Belegungszwang im Bundesfreiwilligendienst für die verpflichtenden Seminare zur politischen Bildung an den Bildungszentren des Bundes muss abgeschafft werden.

**Kinder- und Jugendhilfe** sind zu stärken, insbesondere im Bereich der Hilfen für Eltern, junge Geflüchtete und junge Volljährige. Die nächste Bundesregierung muss die Kinder- und Jugendhilfe, orientiert an den Kriterien „bedarfsgerecht“, „sozialräumlich“ und „inklusiv“, reformieren und das Leistungsrecht konsequent an den Bedürfnissen und Erfordernissen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie deren Eltern und Sorgeberechtigten orientieren, sagt Eva-Maria Armbruster. Junge Volljährige bräuchten zunehmend Leistungen der Kinder und Jugendhilfe, um den Übergang ins Erwachsenenalter zu bewältigen. Die Hilfen für junge Volljährige müssten daher erhalten und gestärkt werden. Außerdem seien Eltern mehr als bisher durch familienbezogene Bildung, Beratung und Erholung in ihrer Erziehungsverantwortung zu fördern. „Die Bundesregierung muss zudem deutliche Impulse in der Bildungspolitik und der Kinder- und Jugendhilfe setzen und Bildungspartizipation für alle Kinder gewährleisten“, so Armbruster.

Eine weitere zentrale Forderung der Diakonie in Württemberg ist eine massive Steigerung der **Förderung des sozialen Wohnungsbaus**. „Der Bund, der eigentlich für den sozialen Wohnungsbau nicht mehr zuständig ist, muss die Bundesländer dabei weiterhin finanziell unterstützen, darf sie in der zugespitzten Situation des Wohnraummangels nicht allein lassen“ so Kaufmann. Um dem Bedarf, der bundesweit mit 80.000 Sozialwohnungen jährlich beziffert wird, gerecht zu werden, muss der Bund dafür 2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, die durch die Bundesländer zu verdoppeln sind. Dabei sind die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Länder diese Zahlungen direkt erhalten können. Alternativ wären Regelungen im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs anzustreben. Daneben sollten steuerliche Anreize für Investoren und gesetzliche Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, sowohl zeitnah Flächen für den Wohnungsbau zu gewinnen als auch Umweltgesichtspunkte und Bauanforderungen beschleunigt, aber sachgerecht zu berücksichtigen. „Um die Mietentwicklung nicht aus dem Ruder laufen zu lassen und Zeit für

---

den Wohnungsbau zu gewinnen, gilt es, die Mietpreisbremse praktikabel zu gestalten, ein Mietobergrenzengesetz einzuführen und Kommunen finanziell zu unterstützen, dem Wohnungsleerstand entgegenzutreten“, fordert Oberkirchenrat Dieter Kaufmann.

Im Bereich **Asyl** fordert Kaufmann deutliche Nachbesserungen. „Die im Sondierungspapier beschriebenen Maßnahmen setzen auf Abschottung und Ausgrenzung und stehen im Widerspruch zu den beschriebenen Zielen eines Europas der globalen Verantwortung und der Solidarität.“ Das Grundrecht auf Asyl, zu dem sich die Vertragspartner bekennen, werde in der Praxis ausgehebelt, wenn Schutzsuchenden der Zugang nach Deutschland versperrt wird. Auch die geplanten zentralen Aufnahme-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (ANKER) sieht Kaufmann kritisch. „Hier geschieht ein Ausschluss in doppelter Richtung. Flüchtlingen wird die Teilhabe verwehrt und gleichzeitig wird die Gesellschaft von Begegnung und Solidarität im Alltag ausgeschlossen. Dies steht auch im Widerspruch zu der formulierten Stärkung der Zivilgesellschaft.“ Das Sondierungsergebnis orientiere sich an Angst und einer begrenzten Integrationsfähigkeit der Zivilgesellschaft und negiere damit das hohe Engagement und die gelungene Partizipation der vergangenen Jahre. Kein Verständnis hat Kaufmann auch für die **geplante Neuregelung zum Familiennachzug**. Die verlängerte Aussetzung und Deckelung des Familiennachzugs bei subsidiärem Schutz sei unmenschlich und erschwere die Integration unnötig.

Weitere Informationen: Claudia Mann, Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: [mann.c@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:mann.c@diakonie-wuerttemberg.de)

### Mittelstandspreis für soziale Verantwortung ausgeschrieben

**Unternehmen, die sich gesellschaftlich engagieren, schneiden wirtschaftlich besser ab. Gesellschaftliches Engagement und wirtschaftlicher Erfolg stehen daher nicht im Gegensatz zueinander.**

**Stuttgart.** Unternehmen, die sich im Feld der Corporate Social Responsibility (CSR) einbringen, agieren flexibler und zukunftsorientierter und sind weniger krisenanfällig. Diese Unternehmen achten auf Umweltfragen, sie haben ihr gesellschaftliches Umfeld und auch das Wohlbefinden ihrer Mitarbeitenden im Blick. Dieses große Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen für soziale und gesellschaftliche Belange will der Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg sichtbar machen und würdigen. Daher loben das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sowie Diakonie und Caritas in Baden-Württemberg zum zwölften Mal den Mittelstandspreis für soziale Verantwortung aus. Sie unterstreichen damit den unverzichtbaren Beitrag des Mittelstands für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg.

Land, Caritas und Diakonie verleihen mit dem Preis als Auszeichnung auch die Lea-Trophäe. Sie steht für Leistung, Engagement und Anerkennung. Alle Unternehmen im Land mit maximal 500 Beschäftigten können sich ab sofort für den Mittelstandspreis für soziale Verantwortung bewerben. Voraussetzung ist, dass sie sich in Kooperation beispielsweise mit Wohlfahrtsverbänden, sozialen Organisationen und Einrichtungen, Umweltinitiativen oder (Sport-) Vereinen in einem Projekt gemeinsam gesellschaftlich engagieren. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 31. März 2018.

„Unsere mittelständischen Unternehmen, die sich durch eine gesellschaftlich verantwortliche und nachhaltige Unternehmensführung auszeichnen, sind für den Zusammenhalt in unserem Land unverzichtbar. Ihre CSR-Aktivitäten sind vielfältig, innovativ und beispielhaft. Der Lea-Mittelstandspreis wird dies auch 2018 wieder sichtbar machen“, betont Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau.

„Eine nachhaltige und sozial orientierte Unternehmensführung wird immer wichtiger. Sie wird von Mitarbeitenden ebenso nachgefragt wie von Kundinnen und Kunden. Und sie bereichert unsere Gesellschaft. Das wollen wir mit dem Preis fördern. CSR bedeutet gleichzeitig auch eine Herausforderung für die Diakonie selbst“, erklären die beiden Vorstandsvorsitzenden der Diakonischen Werke Oberkirchenrat Dieter Kaufmann (Württemberg) und Oberkirchenrat Urs Keller (Baden).

„Die baden-württembergischen Unternehmen sind Vorbild und Innovations-treiber für ein soziales, ökologisch nachhaltiges und wirtschaftlich kluges Handeln zugleich“, so die beiden Caritasdirektoren Pfarrer Oliver Merkelbach (Stuttgart) und Thomas Herkert (Freiburg). Jeder einzelne Unternehmer leiste einen Beitrag, damit die Gesellschaft immer noch mehr das wer-

de, was sie sein soll. „Sie setzen sich ein für eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen gut leben können.“

Caritas, Diakonie und Ministerium wollen sich mit dem Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg dafür bei den Unternehmen im Land bedanken. Mit der öffentlichen Anerkennung dieser Leistungen sollen zugleich andere Unternehmen motiviert werden, ihr bisheriges gesellschaftliches Engagement fortzusetzen.

Zusammen mit den Bischöfen Dr. Gebhard Fürst (Diözese Rottenburg-Stuttgart) und Erzbischof Stephan Burger (Erzdiözese Freiburg) sowie den Landesbischöfen Dr. h. c. Frank Otfried July (Evangelische Landeskirche Württemberg), Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh (Evangelische Landeskirche Baden) hat die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Nicole Hoffmeister-Kraut, die Schirmherrschaft für den bundesweit teilnehmerstärksten Wettbewerb im Bereich Corporate-Social-Responsibility von kleinen und mittleren Unternehmen übernommen. Die Bischöfe sind sich einig, dass dieser Preis Mut und Freude zum Mitwirken macht: „Es ist die Vielzahl an originellen und guten Ideen, die beeindruckt. Ein solches Engagement auf der Basis von Werten und Menschlichkeit drückt das große Verantwortungsbewusstsein der Unternehmerinnen und Unternehmer aus. Sie packen Lösungen an, sie nehmen ihre Mitarbeitenden mit und wirken damit auf eine lebenswerte Gesellschaft hin. Wir ermutigen jeden Mittelständler, sich zu engagieren und dadurch Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen.“

Eine Bewerbung ist online möglich unter [www.lea-mittelstandspreis.de](http://www.lea-mittelstandspreis.de). Eine Jury mit anerkannten Vertretern aus der Fach-, Wirtschafts- und Medienwelt entscheidet über die Vergabe der Preise, die am 3. Juli 2018 im Rahmen einer feierlichen Festveranstaltung im Neuen Schloss in Stuttgart verliehen werden. pm

Weitere Informationen: Wolfgang Hinz-Rommel, Leiter der Abteilung Freiwilliges Engagement, Tel.: 0711 1656-236, E-Mail: [hinz-rommel.w@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:hinz-rommel.w@diakonie-wuerttemberg.de), [www.lea-mittelstandspreis.de](http://www.lea-mittelstandspreis.de)

### Augenmerk auf Hintergründe der verkündeten Arbeitsmarktzahlen legen

**Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat eine Kehrseite. Trotz sinkender Arbeitslosigkeit steigt die Zahl der Menschen, die von den Hartz-IV- Leistungen leben müssen. 326.265 erwerbsfähige Leistungsberechtigte und 134.315 weitere Angehörige sind auf die Unterstützung angewiesen.**

**Stuttgart.** Zwar sind die Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger zum 1. Januar um 7 Euro oder 1,7 Prozent angehoben worden, was scheinbar der allgemeinen Preisentwicklung entspricht. Tatsächlich muss der größte Teil dieser Unterstützungsleistung aber für Lebensmittel ausgegeben werden und deren Preise sind laut der aktuellen Meldung des Statistischen Landesamtes um 3,7 Prozent gestiegen. Die Lebenslage der Hartz-IV-Empfänger hat sich also verschlechtert. Wenn man die offizielle Statistik aufmerksam liest, erkennt man, dass die Lage der Arbeitslosen mit der positiven Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes nicht Schritt hält. Die Zahl der Unterbeschäftigten – derer, die krank oder in Maßnahmen, aber eigentlich auch arbeitslos sind, fällt mit 298.324 deutlich höher aus als die der registrierten Arbeitslosen und ist gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich geringer gefallen als die Arbeitslosenzahl.

Der Bericht der Arbeitsagentur weist aus, dass im Dezember zwar 48.755 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten, dass aber nur 15.492 oder 31,8 Prozent dieser Personen aus der Arbeitslosigkeit in eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt übergehen konnten.

Die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit zeigt sich besonders an der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit im SGB II, die jetzt bei 589 Tagen liegt und im langfristigen Trend weiterhin steigt. Und sie werden immer weniger unterstützt: Die Zahl der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen ist gegenüber dem Vormonat drastisch um 1.094 auf 3.686 Plätze zurückgegangen. Diese Zahl ist gegenüber einer Gesamtzahl von 59.372 Langzeitarbeitslosen mehr als ungenügend. Insgesamt werden den baden-württembergischen Jobcentern 2018 mehr als 17,3 Millionen Euro weniger für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung stehen, und zusätzlich wird weiterhin ein erheblicher Teil der Eingliederungsmittel für die Verwaltungskosten der Jobcenter verwendet werden müssen.

Die im Wahlkampf versprochene Unterstützung von Langzeitarbeitslosen verkehrt sich in ihr Gegenteil. Die im Sondierungspapier angekündigte Erhöhung der Eingliederungsmittel um bundesweit eine Milliarde Euro pro Jahr gleicht nicht die Kürzungen aus, die in den vergangenen Jahren vorgenommen waren, und sie kann für 2018 schon nicht mehr umgesetzt werden. Vielmehr hat die verzögerte Regierungsbildung im Bund für die Arbeitsagenturen und Jobcenter zur Folge, dass sie einer „vorläufigen Haushaltsführung“ unterliegen und damit nur einen Teil der geplanten Haushaltsmittel einsetzen dürfen.

Die Diakonie fordert die Bundesregierung und alle Parteien im Bundestag dringend dazu auf, diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Die Diakonie fordert, die positive wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen, um Langzeitarbeitslosen durch eine qualifizierte öffentlich geförderte Beschäftigung die Teilhabe an Arbeit zu ermöglichen und eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Weitere Informationen: Klaus Kittler, Referent Armut und Arbeitslosenhilfe,  
Tel.: 0711 1656-233, E-Mail: [kittler.k@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:kittler.k@diakonie-wuerttemberg.de),  
<http://www.initiative-pro-arbeit.de/> und <http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/>



Recherchepreis Osteuropa ausgeschrieben

**Die Berichterstattung zu sozialen Themen und gesellschaftlichen Entwicklungen aus Osteuropa stärken: Das ist das Ziel des Recherchepreises Osteuropa. Der von Hoffnung für Osteuropa und Renovabis in Form eines Stipendiums vergebene Preis soll Journalistinnen und Journalisten Recherche und Produktion aufwändiger Printreportagen ermöglichen.**

**Stuttgart/Freising.** Der Recherchepreis Osteuropa wird 2018 bereits zum fünften Mal ausgeschrieben. Als neuer Partner der evangelischen Kirche ist in diesem Jahr die Diakonie Württemberg mit der Initiative Hoffnung für Osteuropa mit dabei.

Gefördert wird die Recherche einer Reportage aus Mittel-, Ost- oder Südosteuropa, die gesellschaftliche und politische Entwicklungen thematisiert und den Alltag der Menschen in den Blick nimmt. Der Preis ist mit bis zu 7.000 Euro dotiert. Über die Vergabe des Stipendiums entscheidet eine Jury aus renommierten Journalisten und Vertretern der ausschreibenden Organisationen. Die Auszeichnung wird im Juni im Rahmen der Verleihung des n-ost-Reportagepreises in Berlin vergeben. n-ost, das Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung, ist Kooperationspartner des Recherchepreises Osteuropa.

Preisträger 2017 waren Olivia Kortas, Oliver Bilger und Ekaterina Anokhina. Olivia Kortas wurde für ihr Exposé zu der Reportage „Ungarn – Wenn Rechtspopulisten regieren“ ausgezeichnet. Als weiteres Projekt wurde die Recherche von Oliver Bilger und Ekaterina Anokhina (Fotografin) „Die Überlebenden von Majak“ über einen wenig bekannten Atomunfall im russischen Ural vor 60 Jahren gefördert.

Die offizielle Ausschreibung zum Recherchepreis Osteuropa 2018 finden Sie unter [www.diakonie-wue.de/hfo](http://www.diakonie-wue.de/hfo) und [www.renovabis.de/recherchepreis](http://www.renovabis.de/recherchepreis)

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger, Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: [dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de)

Landrat tauscht sich mit dem Diakonischen Werk aus

**Landrat Stefan Bär hat den Vorstand des Diakonischen Werks Württemberg, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, sowie Eva-Maria Armbruster, Vorstand für Sozialpolitik, im Landratsamt Tuttlingen empfangen. An dem Austausch nahmen auch Dekan Sebastian Berghaus, der Geschäftsführer der Kreisdiakoniestelle, Dennis Kramer, sowie der Sozialdezernent des Landratsamtes, Bernd Mager, teil.**

**Tuttlingen.** Im Vordergrund des Gesprächs standen sozialpolitische Themen sowie die Zusammenarbeit zwischen Diakonie und Landkreisverwaltung. Besonderes Interesse zeigten die Vertreter des Diakonischen Werks an den Themen Inklusion und Integration. Auch das neue Bundesteilhabegesetz bringt Änderungen im Landkreis Tuttlingen mit sich. Die Behindertenhilfe ist bereits der größte Aufgabenblock im Sozialhaushalt des Landkreises.

Im Bereich der stationären Pflege sei der Landkreis gut aufgestellt, setze auf die Netzwerkarbeit vor Ort sowie auf die Vielfalt der Träger, sagte Landrat Bär.

Des Weiteren tauschten sich die Vertreter des Diakonischen Werks und der Landrat über die Integration von Flüchtlingen aus. Zu den großen Herausforderungen gehört der Mangel an sozialem Wohnbau.

Quelle: Schwäbische Zeitung, 19.01.2018

Weitere Informationen: Claudia Mann, Abteilungsleiterin Presse und Kommunikation, Tel.: 0711 1656-334, E-Mail: [mann.c@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:mann.c@diakonie-wuerttemberg.de)

### Aufbaugilde-Chef fordert Wohnungsbau-Sozialquote für Heilbronn

**Der Geschäftsführer der Heilbronner Aufbaugilde, Hannes Finkbeiner, hat gemeinsam mit den Vorstandsmitgliedern Dagmar Lägler und Gabriele Wolpert-Kilian den Heilbronner Gemeinderat aufgefordert, in der Weihnachtszeit und den Tage der Besinnung auch ernsthaft über eine Sozialquote für den Wohnungsbau nachzudenken.**

**Heilbronn.** „Bei Neubauprojekten ab acht Wohnungen sollte in Heilbronn ein Anteil von 50 Prozent als günstiger Wohnraum verpflichtend werden“, erklärte Finkbeiner. Er verwies darauf, dass vergleichbare Städte mit ebenso großen Problemen wie Heilbronn schon längst eine Sozialquote im Wohnungsbau in unterschiedlicher Höhe eingeführt haben und nannte als Beispiele Mannheim, Freiburg, Friedrichshafen und Landau. Nur über eine solche Sozialquote lasse sich die katastrophale Lage am Wohnungsmarkt für Durchschnitts- und Geringverdiener in den nächsten Jahren verbessern. „Ohne eine Sozialquote geht es einfach nicht mehr“, sagte Finkbeiner und wies auf die rund zehntausend Wohnungssuchenden in der Region hin, denen in den nächsten Jahren lediglich 300 neue geförderte Wohnungen der kommunalen Stadtsiedlung gegenüberstehen. „Dort allein sind 1800 Bewerber registriert, die alle auf eine günstige Wohnung warten.“

Finkbeiner bedauerte, dass sich der Gemeinderat nicht einmal im neuen Modellquartier Neckarbogen auf eine verbindliche Quote für preisgünstigen Wohnraum festgelegt habe. „Heilbronn hat damit die einmalige Chance verpasst, zu zeigen, dass man auch bei Großprojekten an die Bürger mit kleinem Einkommen denkt.“ Bei dem Wettbewerb um Wohnraum seien sie inzwischen die klaren Verlierer, erklärte der Chef der Aufbaugilde weiter. „Schon heute müssen die 4400 Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften in Heilbronn Monat für Monat zusammengerechnet 82 000 Euro für ihre Mieten draufzahlen, weil in der Stadt preisgünstiger Wohnraum einfach nicht mehr zu finden ist.“

Heilbronn gehöre auch mitnichten zu den reichsten Stadtkreisen, wie manche Statistik vorgaukle, sagte Finkbeiner weiter. Heilbronn liege im Gegenteil mit einem jährlichen Nettoeinkommen der Privathaushalte in Höhe von 24 600 Euro deutlich unter dem Landesschnitt der Stadtkreise, der 27 600 Euro betrage. Eine Sozialquote im Wohnungsbau sei auch deshalb notwendig, weil sich die Wohnungssituation in Heilbronn wie in anderen Städten im Südwesten dramatisch verändere. „Heute ist jeder dritte Haushalt in Heilbronn ein Ein-Personen-Haushalt. Der Anteil der Bruttokaltmiete hat in unserer Stadt inzwischen 27,8 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens erreicht, zeigen aktuelle Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung. Das ist beinahe so viel wie in der Bankenstadt Frankfurt.“ Finkbeiner forderte den Heilbronner Gemeinderat auf, sich die Zehn-Punkte-Regeln des Hamburger Wohnbauexperten Michael Sachs zu eigen zu machen, die dieser vor wenigen Wochen bei einer Diakonie-Veranstaltung zum Thema Wohnungsnot vorgestellt hatte. „Mithilfe dieser Regeln lässt sich auch der soziale Wohnungsbau in Heilbronn ankurbeln“,

gab sich Finkbeiner überzeugt. Der Aufbaugilde-Chef verwies darauf, dass bezahlbarer Wohnraum in jeder Kommune ein wichtiges Kriterium für den sozialen Frieden sei.

Weitere Informationen: Hannes Finkbeiner, Geschäftsführer Aufbaugilde Heilbronn gGmbH, Tel.: 07131 770-120,  
E-Mail: [hannes.finkbeiner@aufbaugilde.de](mailto:hannes.finkbeiner@aufbaugilde.de)

---

Gesamttagung für Kindergottesdienst in der EKD in Stuttgart

**Vom 10. bis 13. Mai 2018 findet in Stuttgart die deutschlandweite Gesamttagung für Kindergottesdienst statt, zu der der Gesamtverband für Kindergottesdienst zu diesem Fest mit Fortbildungscharakter alle vier Jahre lädt einlädt. Mitveranstalter sind 2018 die Württembergische Landeskirche mit den Kindergottesdienst-Arbeitsbereichen aus Baden, der Pfalz und Württemberg.**

**Stuttgart.** Über 2.500 Teilnehmende erwarten die Verantwortlichen zu den Veranstaltungen in der Liederhalle und rund ums Hospitalviertel. Unter dem Motto „Aus gutem Grund“ gibt es Bibelarbeiten, Arbeitsgruppen, ein buntes Kulturprogramm und sechs thematische Themen. „Dass wir den Schauspieler und Autor Samuel Koch als Schirmherrn gewinnen konnte, macht uns ein bisschen stolz“, so Kirsti Greier, die Theologische Referentin des Gesamtverbands für Kindergottesdienst. „Er wird die Eröffnungsfeier mitgestalten.“ Greier ist Vorsitzende der neunköpfigen Programmkommission, die seit fast zwei Jahren die Tagung vorbereitet.

Zuletzt war diese EKD-Tagung in Stuttgart 1990 zu Gast. „Es war Zeit, dass die Gesamttagung einmal wieder nach Stuttgart kommt. Schließlich ist der Südwesten eine Hochburg der Kinderkirche“, sagt der Landespfarrer für Kindergottesdienst Frank Widmann. In fast 90 Prozent der württembergischen Kirchengemeinden wird ein Gottesdienst für Kinder angeboten. Nahezu 9.000 Ehrenamtliche engagieren sich dabei. Für sie werden in Stuttgart Angebote konzipiert, in denen sie Neues erfahren, Grundsätzliches vertiefen, sich austauschen und Motivation tanken. Sie werden Methoden und Materialien anschauen und ausprobieren können.

Das Herzstück der Tagung sind die sechs thematischen Zentren. Sabine Foth, Mitglied der Programmkommission aus Stuttgart-Heslach, ist überzeugt von diesem neuen offenen Veranstaltungsformat: „In diesen unterschiedlichen Themen kann man eintauchen, selbst aktiv werden, zuhören, Fragen stellen.“ Selbstverständlich gibt es auch klassische Arbeitsgruppen und eine Vortragsreihe mit Fachleuten aus ganz Deutschland und darüber hinaus. Das Programmheft wird außerdem „kinderfreundliche“ Veranstaltungen ausweisen. Erstmals werden zu dieser Tagung ausdrücklich auch Familien eingeladen.

Weitere Informationen: Sebastian Sturm, Organisationsbüro, Tel.: 0711 245993; E-Mailadresse: [kigo@qt2018.de](mailto:kigo@qt2018.de), Äxtlestraße 6, 70599 Stuttgart, [www.qt2018.de](http://www.qt2018.de)

### Kurznachrichten

**Stuttgart.** Die **Agentur mehrwert** startet 2018 mit einem neuen Programm: „Train the Trainer“ für Schulsozialarbeiter und Schuldiakone zur Förderung und Umsetzung eines Schulcurriculums Soziale Kompetenzen. Schulen bieten ihren Schülerinnen und Schülern heute eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Förderung sozialer Kompetenzen an – im Unterricht, im Schulleben und in Kooperation mit außerschulischen Partnern. Nachhaltig wirken diese Maßnahmen, wenn sie nicht einzeln für sich stehen, sondern im Schulcurriculum verankert sind. In Train-the-Trainer „Link it!“ lernen die Teilnehmenden, wie sie die Wirkung einzelner Maßnahmen durch ein systematisch aufgebautes Schulcurriculum erhöhen und zu einem Kraftpaket für die gesamte Schule schnüren. Idealerweise nehmen die Schulsozialarbeiterinnen, Schulsozialarbeitern und Schuldiakone im Tandem mit einem Lehrer/einer Lehrerin ihrer Schule teil. So können sie das Schulcurriculum Soziale Kompetenzen von zwei Seiten an ihrer Schule vorantreiben. Mehr Informationen unter [www.agentur-mehrwert.de/link-it](http://www.agentur-mehrwert.de/link-it)

### Personalmeldungen

**Anna Gieche** ist neue stellvertretende Pressesprecherin des Diakonischen Werks Württemberg. Sie hat ihren Dienst zum 1. Januar 2018 angetreten und folgt auf Claudia Mann, die seit 1. Oktober 2017 Pressesprecherin des Diakonischen Werks ist. Die 30-jährige Redakteurin war zuvor Pressereferentin für das Reformationsjubiläum der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

**Hans-Ulrich Schulz und Anne Hauser** werden von der Karlshöhe Ludwigsburg verabschiedet. **Hans-Ulrich Schulz** war seit 2003 Mitglied des Verwaltungsrates der Karlshöhe Ludwigsburg und seit September 2007 dessen Vorsitzender. Der ehrenamtlich tätige Verwaltungsrat beschließt über alle grundsätzlichen Angelegenheiten der Stiftung und führt die Aufsicht, der Vorsitzende hat zudem die Dienstaufsicht über den Vorstand.

**Diakonin Anne Hauser** war seit Januar 2012 Diakonischer Vorstand. Sie ist damit für den größten Teil der diakonischen Arbeitsfelder der Stiftung zuständig und einer von drei Vorständen. Nach sechs Jahren wird sie ihre Tätigkeit im Vorstand beenden.

**Werner Röhm**, der frühere Aufsichtsratsvorsitzende der Evangelischen Gesellschaft (eva), ist am 20. Januar mit 81 Jahren verstorben. Röhm war insgesamt 31 Jahre Mitglied in dem Aufsichtsgremium, 24 Jahre hat er es geleitet. In dieses Ehrenamt brachte er seine langjährige berufliche Erfahrung als Geschäftsführer von HERMA ein. „Werner Röhm hat die eva mit vielen Ideen und Impulsen unterstützt und engagiert dazu beigetragen, das diakonische Profil der eva zu schärfen und sie zu einem großen diakonischen Träger auszubauen“, sagt Heinz Gerstlauer, Vorstandsvorsitzender der eva. „Wir denken in großer Dankbarkeit an das zurück, was Werner Röhm für die eva und weit darüber hinaus geleistet hat.“

**Gerd Sander** ist neuer Leiter der Kommunikation der Evangelischen Brüdergemeindegewerk Korntal. Der Journalist und PR-Fachmann ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fundraising zuständig und vertritt die Brüdergemeinde und deren diakonische Einrichtungen als Mediensprecher. Gerd Sander (57) bringt langjährige professionelle Erfahrung als Berater in PR-Agenturen, Verantwortlicher für Unternehmenskommunikation von Wirtschaftsunternehmen und als Fundraiser in kirchlichen und sozialen Einrichtungen mit. Seine fachlichen Schwerpunkte im Brüdergemeindegewerk sind unter anderem der Ausbau der digitalen Präsenz, die publizistische Begleitung des Aufarbeitungsprozesses Heimerziehung und die Vorbereitung des 200-Jahr-Jubiläums 2019. „Wir freuen uns, mit Gerd Sander die interne und externe Kommunikation und das Fundraising unserer diakonischen Einrichtungen zu verstärken“, sagt Veit-Michael Glatze, Geschäftsführer der Diakonie. Jochen Hägele, Pfarrer und geistlicher Vorsteher der Brüdergemeinde, sieht in der Stellenbesetzung neue Möglichkeiten, „die Vielfalt der Arbeits- und Lebensbereiche unserer Gemeinde darzustellen und die Vernetzung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen zu fördern“.

**Christine Lohn** und **Hans Steimle** sind die neue Teamgeschäftsführung der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA). Lohn war bisher Fachreferentin für Tageseinrichtungen für Kinder, Familienzentren, Jugendhilfe in Schule bei der Diakonie Deutschland, Steimle stellvertretender Geschäftsführer bei der BAG EJSA. Davor hatte zweiundzwanzig Jahre **Michael Fährdrich** als Geschäftsführer die BAG EJSA geführt und gesteuert. Am 25. Januar gab er den Stab weiter an die neue Teamgeschäftsführung, die am 1. Februar beginnt.